

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

65. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Oktober 1999, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung von Dr. Jürgen Hinz

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

**Weitere Anwesende**

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1478	
<b>2. Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1783	
<b>3. Perspektiven des Handwerks in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2367	
<b>4. Dritter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2360	
<b>5. Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG)</b>	<b>9</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2119	
<b>6. Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag</b>	<b>11</b>
Bericht der Enquetekommission Drucksache 14/2373 (neu)	
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1478

hierzu: Umdrucke 14/2150 - 14/2153, 14/2193, 14/2194, 14/2209, 14/2210,  
14/2225, 14/2237, 14/2254, 14/2271, 14/2290, 14/2738,  
14/2753

(überwiesen am 10. Juni 1998 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den  
Wirtschaftsausschuss)

Nach dem Hinweis von Abg. Bernd Schröder, dass sich der federführende Innen- und Rechtsausschuss mit der Vorlage noch nicht befasst habe und Änderungsanträge hierzu fraktionsintern noch nicht ausdiskutiert worden seien, setzt der Ausschuss die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes ab.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Neuregelung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1783

hierzu: Umdrucke 14/3642, 14/3651, 14/3659, 14/3673, 14/3702, 14/3705,  
14/3706, 14/3720, 14/3721, 14/3734, 14/3736, 14/3737,  
14/3740, 14/3746

(überwiesen am 9. Dezember 1998 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Bernd Schröder erklärt für seine Fraktion, dass in dem Antrag Punkte enthalten seien, die sich durch Zeitablauf heute völlig anders darstellten. Die SPD-Fraktion sehe deshalb inhaltlich keine Möglichkeit, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Schmitz-Hübsch bittet im Namen der CDU-Fraktion darum, den Antrag in der vom federführenden Sozialausschuss zur Annahme empfohlenen Fassung - mit der Maßgabe, den letzten Absatz in der Drucksache 14/1783 zu streichen - zur Abstimmung zu stellen. - Gegen die Stimmen der CDU wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Plenum des Landtages empfohlen, den Antrag in dieser insoweit geänderten Fassung abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Perspektiven des Handwerks in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/2367

hierzu: Umdruck 14/3898

(überwiesen am 16. September 1999)

St Dr. Rohwer führt einleitend den auf Seite 43 der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage angekündigten Abschlussbericht über die „Grenzüberschreitende Kooperation im Handwerk - Hemmnisse bei der Ausführung von Handwerksarbeiten im Nachbarland“ in die Beratungen ein. - Im Ausschuss besteht Einvernehmen, über diesen Abschlussbericht erst in der November-Sitzung des Ausschusses zu beraten.

Zur Vorlage Drucksache 14/2367 setzt St Dr. Rohwer zwei Schwerpunkte und führt in diesem Zusammenhang aus, dass in einem Gespräch, das der Wirtschaftsminister zusammen mit dem Handwerk geführt habe, als übereinstimmende Meinung festgehalten worden sei, dass die Instrumente zur Existenzgründung im Handwerksbereich in Schleswig-Holstein und bundesweit als sehr gut bezeichnet würden. Allerdings sei es noch nicht gelungen, den jeweils Betroffenen die Informationen nahe zu bringen, die sie bei Existenzneugründungen oder im Falle von Betriebsübernahmen im Zuge eines Generationswechsels benötigten. Darum werde sich das Wirtschaftsministerium nunmehr verstärkt kümmern.

In dem Gespräch sei aber auch deutlich geworden, dass beim „Generationswechsel“ weniger steuerliche Probleme gesehen werden, sondern dass vielmehr die Tatsache Erschwernisse mit sich bringe, dass in einem solchen Fall das „Nachfolgeunternehmen“ bei Genehmigungsverfahren wie ein neues Unternehmen behandelt werde. Auch diese Fragestellung habe sich das Wirtschaftsministerium zu Eigen gemacht und werde sich in Gesprächen mit den Kammern und Behörden um Verfahrensvereinfachungen bemühen. St Dr. Rohwer bietet eine Berichterstattung hierüber zu gegebener Zeit an.

Auf den Hinweis von Abg. Schmitz-Hübsch, dass sich bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit lediglich die Stadt Kiel dem Kontrollverfahren nicht angeschlossen habe, erwidert St Dr. Rohwer, dass dieser Sachverhalt zutreffe. Man wolle den „Druck“ hier jedoch noch

einmal erhöhen und werde einen entsprechenden Hinweis aus Anlass der Beratung dieser Vorlage wiederholen.

RL Riedel ergänzt, dass seit geraumer Zeit gemeinsame Gespräche mit den beteiligten Behörden im Wirtschaftsministerium geführt würden und in der Tat hätten im letzten Jahr eine Reihe von Kreisen sogar kreisübergreifende Ermittlungsgruppen gebildet. Auch in Kiel sei extra ein Sachbearbeiter für diese Ermittlungen eingestellt worden.

Abg. Schmitz-Hübsch spricht sich im Folgenden dafür aus, in die Erörterung der Frage, inwieweit bürokratische Vorschriften die Umsetzung von Betriebsübernahmen behinderten, die Gaststätten mit einzubeziehen. Dabei gehe es auch um die Frage, ob bestehende Vorschriften immer sofort angewandt werden müssten oder ob sie in der Anwendung nicht zeitlich gestreckt werden könnten. - Auch Abg. Hentschel hält es für sinnvoll, den Bereich der Gaststätten hier mit einzubeziehen.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/2367, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Dritter Beteiligungsbericht des Landes Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2360

hierzu: Umdruck 14/3920

(überwiesen am 16. September 1999 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Schmitz-Hübsch nimmt Bezug auf Seite 8 der Vorlage, auf der berichtet werde, dass das Land Schleswig-Holstein zum 31. Dezember 1997 an 23 juristischen Personen unmittelbar beteiligt gewesen sei und dass dies einer nominalen Abnahme gegenüber dem Stand 31. Dezember 1993 um zwei Beteiligungen entspreche. Rechne sie den Beteiligungsbestand auf der Grundlage der Aufstellung auf Seite 8 unten zusammen, könne sie sich diese Feststellung nicht erklären.

RL Dr. Steffen erklärt, die Zahl von 23 Beteiligungen stehe der im 2. Beteiligungsbericht ausgewiesenen Zahl von 25 Beteiligungen gegenüber. Ziehe man die Zu- und Abgänge heran, könne es sein, dass es hier ein Abgrenzungsproblem gebe, weil die eine oder andere Beteiligung, die 1995 ausgewiesen worden sei, in dem alten Bericht noch nicht enthalten gewesen sei.

Sodann steht die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH (S. 113 ff. des Beteiligungsberichtes und Umdruck 14/3920) im Mittelpunkt der Erörterungen. - Die Ausschussmitglieder kommen überein, diesen Gesamtkomplex mit Aufgaben, Perspektiven, einschließlich Personalentwicklung der Gesellschaft, in der November-Sitzung des Ausschusses in Anwesenheit des LVS-Geschäftsführers vertieft zu erörtern.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Finanzausschuss einstimmig, dem Plenum des Landtages vorzuschlagen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/2360, zur Kenntnis zu nehmen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Durchführung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes  
(BFQG)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/2119

hierzu: Umdruck 14/3899

(überwiesen am 17. September 1999 an den **Wirtschaftsausschuss** und den  
Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Schmitz-Hübsch stellt fest, dass der Bericht zeige, dass die Angebote nach dem BFQG nicht wie erwartet angenommen würden. Ein älterer Bericht habe ausgewiesen, dass die Angebote überwiegend von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes genutzt würden, jedoch nicht von anderen Wirtschaftszweigen. Es fehlten - so Abg. Schmitz-Hübsch weiter - Angaben dazu, welche Branchen die Angebote nach dem BFQG nutzten, sowie zu den Kosten.

Abg. Benker möchte wissen, inwieweit die Datenerhebung durch das Gesetz abgedeckt sei. Man könne nicht erwarten, dass die Verwaltung Daten erhebe, die gesetzlich nicht vorgegeben seien. Halte man insoweit die Datenlage für unzureichend, müsse das Gesetz nachgebessert werden.

St Dr. Rohwer erwidert, dass der Bericht weder dünn noch unzureichend sei, sondern die Daten wiedergebe, die auf der Grundlage des BFQG erfasst würden. Wolle man weitere Angaben zu Kosten oder zur Inanspruchnahme nach Branchen, auch nach Teilzeitbeschäftigten und so weiter, bedürfte dies in der Tat einer Gesetzesänderung.

St Dr. Rohwer erklärt sodann auf eine Frage von Abg. Benker, dass das Weiterbildungskonzept der Landesregierung im Entwurf vorliege und demnächst vom Kabinett verabschiedet werde; danach werde das Weiterbildungskonzept auch dem Landtag zugänglich gemacht werden.

Der Vorschlag von St Dr. Rohwer, zunächst keine Änderung des BFQG bezüglich der Frage der Datenerhebung vorzunehmen, sondern durch das Ministerium prüfen zu lassen, inwieweit es ermöglicht werden könne, dass sich Schleswig-Holstein dem bundesweiten Weiterbildungs-

informationssystem, in dem wichtige Indikatoren zur Weiterbildung, nach Ländern differenziert, erhoben würden, anschließen, findet Zustimmung. Hierfür müsste das Land 25.000 DM im Jahr aufwenden. Einer gesetzlichen Änderung bedürfte es dafür nicht und es könnte dann auch einmal darüber nachgedacht werden, ob die nach § 28 BFQG erforderliche Berichterstattung über die Durchführung des Gesetzes nicht entbehrlich sei.

Der Ausschuss bittet die Vertreter des Wirtschaftsministeriums aufzulisten, welche Informationen im Falle eines Anschlusses an das bundesweite Weiterbildungsinformationssystem für das Land gewonnen werden könnten.

St Dr. Rohwer erklärt, das Wirtschaftsministerium werde sich kurzfristig darum bemühen, in das bundesweite Weiterbildungsinformationssystem hineinzukommen und auf diesem Wege festzustellen, ob die Auswertung der so gewonnenen Daten wesentlich ergiebiger sei als die der Datenerhebung auf der Grundlage des BFQG. Gemeinsam könne dann überlegt werden, ob das Gesetz in diesem wichtigen Punkt in der nächsten Legislaturperiode geändert werden solle.

Der Ausschuss begrüßt dieses von St Dr. Rohwer vorgeschlagene Verfahren und nimmt im Übrigen den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/2119, zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht der Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag**

Bericht der Enquetekommission  
Drucksache 14/2373 (neu)

(überwiesen am 17. September 1999 an den **Sozialausschuss**, den Agrarausschuss, den Umweltausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Berichtsteile in der Dezember-Sitzung zu erörtern und in dem Zusammenhang auch eine Berichterstattung des Wirtschaftsministeriums zu den Empfehlungen der Enquetekommission sowie zum weiteren Verfahren entgegenzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

Einvernehmlich werden die für den 3. November und den 1. Dezember 1999 vorgesehenen Sitzungen auf Donnerstag, den 11. November, und auf Donnerstag, den 9. Dezember 1999 - Beginn jeweils unverändert 10:00 Uhr -, verschoben.

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Eichelberg  
Vorsitzender

gez. Neil  
Geschäfts- und Protokollführer